(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/2083 abstimmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 10/2674, diesen Gesetzentwurf abzulehnen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Angenommen! Damit ist der Gesetzentwurf der F.D.P. abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1988 Drucksache 10/2252 ab. Wer diesem Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2620 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung am Freitag lasse ich über die Rücküberweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß abstimmen. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen.

Ich rufe jetzt auf:

- (B) Einzelplan 03: Innenminister

Hierzu liegt Ihnen mit Drucksache 10/2701 ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vor, den ich in die Beratung einbeziehe. Über diesen Antrag wird aber erst nach Abschluß der dritten Lesung des Haushalts abgestimmt.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort zunächst Herrn Abg. Paus für die Fraktion der CDU.

Paus (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Innenminister, Sie haben das innenpolitische Thema der letzten Wochen angesprochen. Die Schlacht um die Neuregelung des Demonstrationsrechtes ist geschlagen. Sie müssen sich, darüber kann die Polemik, die wir gerade von Ihnen gehört haben, auch nicht hinwegtäuschen, wieder mit den Niederungen des von Ihnen zu verantwortenden Haushalts 03 beschäftigen.

Vorab eine Anmerkung zu dieser Diskussion, die wir erlebt haben. (C)

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Paus, ich bitte Sie, Ihre Rede einen Augenblick zu unterbrechen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen und zuzuhören. - Bitte schön!

Paus (CDU): Der F.D.P.-Parteitag hat den Weg für den im Kabinett beschlossenen Kompromiß freigemacht. Dieser Kompromiß sollte jetzt rasch umgesetzt werden, damit das Machbare in diesem Bereich realisiert werden kann. Mit dieser Entscheidung, Herr Innenminister, hat die F.D.P. nicht nur gegen die von Ihnen vertretene Haltung votiert. Die Reaktion auf diesen Parteitag hat auch deutlich gemacht, daß Sie, Herr Innenminister, nicht für die gesamte SPD sprechen können. Herr Wernitz, ein ausgewiesener Fachmann und Innenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion, hat Ihnen nachhaltig widersprochen.

Herr Innenminister, in der vergangenen Woche ist Ihnen auch das einzige Argument, mit dem Sie ständig landauf, landab argumentiert haben, aus der Hand geschlagen worden. Ich müßte besser sagen: Sie haben selbst bewiesen, daß Ihre Argumentation zum Legalitätsprinzip völlig neben der Sache lag, völlig falsch war. Wir haben in Nordrhein-Westfalen in den Stahlstandorten Brückenblockaden, Straßenblockaden erlebt. Wir - ich spreche für die Union Nordrhein-Westfalen - haben auf unserem Parteitag in Duisburg deutlich gemacht, daß wir die Empörung der Stahlarbeiter verstehen. Dennoch muß festgestellt werden, daß diese Blockaden häufig die Grenze zur strafbaren Nötigung überschritten hatten. (D)

(Zurufe von der SPD)

Die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen ist nicht eingeschritten. Wir haben Verständnis für diese Haltung, Herr Innenminister; wir halten diese Haltung für vertretbar.

(Zurufe von der SPD)

Nur: Damit haben Sie, Herr Innenminister, doch bewiesen: Das Legalitätsprinzip funktioniert! Die Polizei kommt damit bestens zurecht.

(Zurufe von der SPD: Das sagen wir doch!)

Herr Innenminister, Sie haben durch dieses Ihr Verhalten bei den Blockaden, die wir in

(Paus (CDU))

- (A) der letzten Woche erlebt haben, selbst deutlich gemacht, daß die ganze Argumentation zum Legalitätsprinzip neben der Sache lag. Auch wenn wir in der nächsten Zeit ein strafbewehrtes Vermummungsverbot erhalten werden, wird die Polizei unseres Landes damit zurechtkommen, auch wenn sie - daß muß man sicherlich hinzufügen - durch die Argumentation aus Ihrem Hause in den letzten Wochen nachhaltig verunsichert worden ist.

Jetzt zum Einzelplan 03, zu den Niederungen der Landespolitik, in die Sie wieder aus den bundespolitischen Höhen herabsteigen mußten, Herr Innenminister.

Die Kollegen Leifert und Stump haben gerade deutlich gemacht, daß Sie in Ihrem Amt als Kommunalminister gegenüber dem Finanzminister in den zurückliegenden Jahren die Interessen der Gemeinden unseres Landes nicht vertreten haben. Allein dieses Jahr 3,3 Milliarden DM weniger Geld für die Städte und Gemeinden unseres Landes! Im Bereich der inneren Sicherheit sieht die Bilanz nicht besser aus.

Ihr Kollege, der Kultusminister, schafft es, für seine Schulen trotz eines rechnerisch bestehenden Überhanges an Lehrern Neueinstellungen durchzusetzen. Unsere Kollegen im Schulausschuß haben uns belehrt, daß dafür eine Reihe guter Gründe bestehen. In der Polizei unseres Landes ist die seit 1974 auf der Tagesordnung stehende Zahl für die Polizeidichte 1 : 400 nach wie vor nicht erreicht. Wir liegen jetzt bei 1 : 410.

(B)

Andere Bundesländer haben erkannt, daß die Zahl 1 : 400 im Jahre 1974 etwas ganz anderes bedeutet als heute, daß also, Herr Kollege Guttenberger, wenn man die Teilnahme am sozialen Fortschritt hinzurechnet, wenn man Urlaubszeiten und Befreiungszeiten für Wach- und Wechseldienst hinzurechnet, die Präsenz des Jahre 1974 nicht identisch mit der Präsenz von heute ist. Sie haben deshalb aufgestockt.

Auch der von Ihnen so bekämpfte Bundesinnenminister hat Konsequenzen gezogen und das BKA deutlich verstärkt, weil gerade im Bereich der Kriminalität ein deutlicher Anstieg um fast 100 Prozent verzeichnet werden mußte.

Trotz dieser unbestrittenen Probleme der Polizei, Herr Innenminister,

(Guttenberger (SPD): Wie kommen Sie denn darauf?)

ist es Ihnen nicht gelungen, angemessene Verstärkung für die Polizei unseres Landes zu

erreichen. Sie haben sogar zeitweise einen Personalabbau zugelassen. Es ist verständlich, daß Sie sich bei diesem Befund gerne auf die bundespolitische Bühne flüchten. (C)

Folge dieser Entwicklung: Die Polizei unseres Landes ist nicht in der Lage, die ihr im Rahmen der Gewährleistung der inneren Sicherheit obliegenden Aufgaben auch nur ausreichend zu erfüllen. Vor allem ist davon - darüber besteht ja gar kein großer Streit in unserem Hause - die Kriminalpolizei betroffen. Dort wird in Teilbereichen die Kriminalität schlicht nur noch verwaltet. Prävention ist sowohl für Kripo wie auch für Schutzpolizei nur noch in einzelnen Bereichen möglich. Die Polizei schiebt einen großen Berg von Überstunden vor sich her. Das ist nicht, wie Sie, Herr Innenminister, immer argumentieren, lediglich vorgezogene Dienstzeit. Weil auch dieser Haushalt keine Lösungsansätze erkennen läßt, wie diese Probleme im Bereich der Polizei mittelfristig gelöst werden sollen, lehnen wir ihn ab.

Herr Guttenberger, wir haben den Anträgen Ihrer Fraktion, die in der Beratungssitzung auf den Tisch gelegt wurden und wofür noch gar keine Deckung vorhanden war, im Fachausschuß zugestimmt, weil wir meinten, das sei zumindest ein Tropfen auf den heißen Stein, ein Schritt in die richtige Richtung. Als Sie aber dann im Haushalts- und Finanzausschuß mit der Deckung herausgerückt sind - weitere Einschnitte bei den Sachmitteln -, haben wir uns nicht mehr in der Lage gesehen, diesen Anträgen im Haushalts- und Finanzausschuß zuzustimmen. Durch diesen Tropfen auf den heißen Stein, Herr Kollege Guttenberger, ändern Sie doch an der prekären Situation der Polizei unseres Landes kaum etwas. (D)

Es gäbe verschiedene Wege, wie man bei der Polizei unseres Landes die Aufgabenerledigung, die Effektivität verbessern kann: bessere sächliche Ausstattung, Rationalisierung, mehr Personal, bewußtes Setzen von Schwerpunkten, wobei dann aber auch erklärt werden muß, daß andere Bereiche nicht mehr mit demselben Arbeitsaufwand beackert werden müssen. In all diesen Bereichen herrscht Fehlanzeige.

Mehr Personal - ich habe das gerade schon gesagt - hat der Innenminister trotz der objektiven Notwendigkeit gegenüber dem Finanzminister nicht durchsetzen können. Er hat sogar einem Personalabbau zugestimmt. Das ist lag beim reinen Polizeivollzugsdienst - Stelleinsparungen haben wir auch bei den Angestellten und Arbeitern gehabt - im Jahre 1983 um 1 000 Beamte höher als heute. Wir haben also einen Stellenabbau von tatsächlich

(Paus (CDU))

- (A) 1 000 Polizeibeamten trotz der bestehenden Probleme erlebt. Beim Personal und dessen zusätzlicher Verstärkung: Fehlanzeige.

Schon im vergangenen Haushalt gab es erhebliche Engpässe bei den sächlichen Mitteln. Reisekostentitel waren z. B. bei verschiedenen Behörden frühzeitig erschöpft. Fortbildungsmaßnahmen konnten deshalb von Beamten dieser Behörde nicht mehr wahrgenommen werden. Trotzdem auch für das Jahr 1988 keine Verstärkung der sächlichen Mittel, sondern insgesamt im gesamten Einzelplan 03 weitere Reduzierungen der sächlichen Mittel!

Schwerpunktbildung: Darin ist die nordrhein-westfälische Landesregierung groß. Sie verkündet bei jeder Einführung eines Behördenleiter einen neuen Schwerpunkt für die Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben in unserem Land, mal Computerkriminalität, mal Wirtschaftskriminalität, mal Umweltkriminalität, mal Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Dazu, was denn bei der Polizei, wo es hinten und vorne nicht mehr funktioniert, wo einfach Kriminalität verwaltet werden muß, liegen bleiben kann und wofür die Regierung dann auch die Verantwortung übernimmt, kein Wort!

Bleibt Rationalisierung, bessere Aufgabenerledigung. Herr Innenminister, Sie haben zwei Modellversuche durchgeführt, "Bürgernahe Polizei" und "Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung". Die Berichte der Projektkommission liegen vor. Die Ergebnisse sind blamabel, allenfalls banal.

(B)

(Guttenberger (SPD): Das ist ja eine entzückende Formulierung!)

- Herr Kollege Guttenberger, Sie können sich ja gleich mit ähnlichen Formulierungen dazu äußern.

Der Versuch, den Mangel bei der Schutzpolizei einigermaßen gerecht zu verteilen, und zwar durch ein Gutachten zur Stärke der Schutzpolizei bei den Kreispolizeibehörden, haben Sie zunächst wiederaufgegeben, Herr Innenminister. Diesen Versuch haben Sie zunächst wieder zurückgestellt, nachdem Sie von Ihrer eigenen Fraktion im Innenausschuß heftige Kritik erlebt haben.

(Minister Dr. Schnoor: Sie wissen doch, daß es anders ist!)

- Wollen Sie denn sagen, daß Sie das jetzt umsetzen wollen? Uns haben Sie zugesagt:

Das ist zurückgestellt, weil da noch eine ganze Menge Dinge fehlen. (C)

(Minister Dr. Schnoor: Nein, Ihre Prämisse ist falsch, die Sie gemacht haben!
- Reinhard (SPD): Das sagen wir gleich, Herr Innenminister, regen Sie sich nicht auf!)

Es fehlt der Landesregierung, vor allem dem Innenminister, ein überzeugendes Konzept für die Polizei unseres Landes. Das ist der Grund, weshalb die F.D.P.-Fraktion und wir Anträge bzw. eine Große Anfrage eingebracht haben, die die Diskussion über ein geschlossenes, ein schlüssiges Konzept für die Polizei unseres Landes auf die Tagesordnung dieses Hauses stellen sollen.

(Beifall bei der CDU)

Auch mit diesem Haushalt erleben wir, Herr Innenminister, nicht das geschlossene Konzept, das erforderlich ist, sondern hier wird weiter durchgewurschtelt, hier werden weiter nicht nachvollziehbare Kürzungen und Streichungen beim Personal vorgenommen. Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir haben es deshalb, wie im vergangenen Jahr, nicht für sinnvoll gehalten, uns durch einzelne Reparaturanträge an dieser Reparaturarbeit ohne geschlossenes Konzept zu beteiligen.

Deshalb, meine Damen und Herren, lehnen wir den Einzelplan 03 ab. Mit der Resolution zur dritten Lesung, die auf Ihrem Tisch liegt, und vor allem mit unserem Polizeiantrag haben wir unsere Forderungen, unsere Ansprüche an einen Haushalt formuliert, der tatsächlichen Ansprüchen der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen gerecht würde. Wir haben unsere Vorstellungen deutlich gemacht. Wir bitten Sie, in der dritten Lesung unserem Resolutionsantrag zuzustimmen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Guttenberger für die Fraktion der SPD.

Guttenberger*) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier ist von der CDU-Fraktion angekündigt worden, man würde sich in die Niederungen des Haushaltsplanes 03 begeben. Ein wirklich nachdenkenswertes Vorgang - wenn man diesen hohen Anspruch, sich in den Niederungen zu bewegen, mit dem vergleicht, was a) gesagt und, was noch schlimmer ist, b) hier aufgeschrieben worden ist. Ich darf Ihnen einmal ein paar Punkte nennen, was sich so alles im Einzelplan 03 tummelt, wovon Sie entweder nicht reden

(Guttenberger (SPD))

- (A) können oder nicht reden wollen, was aber zu den - wie Sie sagen - Niederungen des Haushaltsplans des Innenministeriums gehört.

Zum Geschäftsbereich des Innenministers gehören folgende Aufgaben: Verfassungsangelegenheiten, Wahlen, allgemeine Angelegenheiten der Verwaltungsorganisation, allgemeines Ordnungsrecht, Staatsangehörigkeitsrecht, Angelegenheiten der Gemeinden in einem anderen Haushaltsplan, das Recht der öffentlichen Dienste, Vermessungs- und Katasterwesen, Polizei, Verfassungsschutz, Datenschutz, Wiedergutmachung, Grundsatzfragen der zivilen Verteidigung. Sie, Herr Paus, unternehmen den - wie ich meine: vergeblichen - Versuch, die Niederungen des Haushaltsplanes 03 mit dem Polizeithema abzuhandeln

(Paus (CDU): Dann sagen Sie doch einmal etwas zur Landesrentenbehörde, Herr Kollege Guttenberger!)

und sich dann auch noch durch Ihre eigene Polemikfraktion einengen zu lassen und zu sagen, bei der Polizei gehe es nur um das Thema Kriminalität.

(Evertz (CDU): Das ist gerade Ihr Schwachpunkt!)

- Natürlich, Sie sind ein Vierteljahrhundert in der Opposition; man merkt die Spuren der Alterung.

- (B) (Mietz (CDU): Aber bei der Regierung auch! Da würde es höchste Zeit!)

Wir müssen uns ja durch Entscheidungen fit halten. Sie sind ja offenbar zwischendurch nicht fit geblieben, sondern ermüdet.

Aber, wenn Sie das so wollen, meine Damen und Herren, unter dem Oberbegriff des Innenministeriums tatsächlich nur die Fragen der Polizei zu behandeln, darunter letztlich die Fragen der Schutz- und Kriminalpolizei zu verstehen und dies einzuengen auf die Frage der Kriminalität als Beispiel für innere Sicherheit - na, mein Gott, dann soll es so sein.

Sie haben ja einen tiefen Hang zu dem Wort "Katastrophe".

(Paus (CDU): Das habe ich nicht mitgeteilt, Herr Kollege!)

Weiß der Teufel, Katastrophenschutz fällt natürlich mit unter das Innenministerium.

(Lachen der Abgeordneten Paus und Dr. Lichtenberg (CDU))

(C) - Ist das falsch, Herr Dr. Lichtenberg? - Mit der "katastrophalen finanziellen Situation", die Sie auf Seite 2 Ihres Antrages beschreiben, mit ihren Wirkungen für die innere Sicherheit, die Sie versuchen, auf Seite 1 zu formulieren, entwerfen Sie doch ein Bild der nordrhein-westfälischen Polizei, das Sie selbst in Ihrer eigenen Rede nicht bestätigen konnten.

(Evertz (CDU): Sie wollten doch über etwas anderes reden als über die Polizei!)

Denn wenn Sie, Herr Paus, sagen, das mit den Stahlarbeitern - Stichwort: Legalitätsprinzip - habe alles gut funktioniert, und dann fünf Minuten warten und die Brücke räumen, die Sie im Grunde zum tatsächlichen Leben unserer Polizei gefunden haben, und sagen: "Hier funktioniert überhaupt nichts", entwirft das, wie ich meine, ein völlig falsches Bild der Polizei.

Ich sehe die Aufgabe der Polizei nicht in erster Linie in der Bearbeitung von Kriminalität, sondern im Schutz der Bevölkerung, im Aufrechterhalten von Sicherheit und Ordnung. Das ist in erster Linie eine präventive, vor einer möglichen Tat liegende Aufgabensstellung.

(Dr. Lichtenberg (CDU): Sagen Sie das Ihrem Innenminister!)

(D) Dies geschieht. Sie haben es hier an dem Beispiel einer Demonstration - Stichwort: Nötigung - beschrieben. Herr Paus hat deutlich gesagt, daß es funktioniert, und das soll auch so bleiben.

In der Tat: Wir haben, bedingt durch eine historische Entwicklung, auch wenn wir in Nordrhein-Westfalen weiter sind als in anderen Bundesländern, bestimmte soziale Probleme innerhalb der Polizei, die ungelöst sind. Dies sind aber zum Teil Auswirkungen von Bundesrecht und tatsächliche Auswirkungen der finanziellen Lage, in die uns der Bund mit der sogenannten Steuerreform gebracht hat. Sie wissen - das gilt natürlich auch für den Bereich der Inneren Verwaltung -, daß wir nicht mehr Geld ausgeben können, als wir durch Steuereinnahmen, Gebühren und Zuweisungen erhalten.

(Evertz (CDU): Die Steuerreform kommt doch erst noch, Herr Guttenberger!)

Das hat unter anderem die Wirkung, daß wir auch in Sachmittelbereichen, wie von Ihnen dargestellt, sparen wollen und müssen. Sie selbst haben keine Alternative aufgezeigt und

(Guttenberger (SPD))

- (A) es als Tropfen auf dem heißen Stein - aber wenigstens der ist da - bezeichnet, daß wir im Bereich der Polizei mit 50 Stellen einen Anfang zur Verstärkung, die wir auch für notwendig halten, machen.

Wir glauben, meine Damen und Herren, daß sich bei der Polizei, gerade was die von Ihnen angesprochenen Themen angeht - -

(Dr. Lichtenberg (CDU): Sie wollten doch über den Haushalt reden, Herr Kollege!)

- Ich spreche über Ihren Antrag.

(Paus (CDU): Sagen Sie doch einmal etwas zur Landesrentenbehörde!)

Sie merken das gar nicht, weil Sie vermutlich Ihren Antrag nicht kennen. Das ist auch besser so; Sie würden sich ein bißchen schämen, Herr Dr. Lichtenberg.

(Dr. Lichtenberg (CDU): Ich glaube, Sie schämen sich in der Tat!)

Wenn Sie in Ihrem Antrag sagen, daß bei der Aufgaben- und Kräfteverteilung neue Konzepte notwendig seien, dann macht das doch die Armut Ihrer Argumentation richtig deutlich. Denn wo haben Sie das eigentlich her? Sie wissen aus unseren Beratungen, daß wir eine groß angelegte Diskussion führen, daß vorgelegte Konzepte existieren, daß wir uns überlegen, wie man einen sinnvollen Kräfteinsatz bei der Polizei unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung hinbekommt.

(B)

(Paus (CDU): Sehr gut abgelesen, Herr Kollege!)

Aber Sie wissen genausogut wie ich - das liegt vor -, daß wir hiermit natürlich in Interessenfelder eingreifen. Sie kennen doch die örtlichen Abgeordneten, die dann sagen, so wie ich: "Wir haben zu wenig Polizei." Der nächste sagt: "Die Zahl der Polizeikräfte, die wir haben, ist zwar rechnerisch zu groß, aber wir haben sie ganz gut beschäftigt."

(Dr. Lichtenberg (CDU): Ist das Guttenbergers Märchenstunde?)

Dieses Interessenfeld muß doch durchstoßen werden. Die von Ihnen geforderten Schwerpunkte und Konzepte hat die Landesregierung vorgelegt. Sie liegen in Arbeit. Aber es ist das Wesen von Konzepten - vielleicht nicht bei Ihnen, aber bei uns -, daß sie natürlich auch in Frage zu stellen sind,

(Reinhard (SPD): Sehr gut!)

- (C) daß sie weiter bearbeitungsfähig sind, daß wir Gedanken von draußen aufnehmen und, wenn sie gut sind, in die Ziele mit hineinnehmen. Wenn Sie das nicht leisten können, ist es ja nicht schlimm; wir machen das schon.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind mit Ihnen der Meinung, daß die soziale Situation gerade mit Blick auf den Drei-Schichten- und den Wochenendbetrieb der Polizei verbessert werden muß.

Wir wissen aber auch, weil wir ehrlich genug sind, daß dies nur langsam, ganz langsam vorangeht, und auch die Umsetzung der von Ihnen zu Recht beschriebenen tarifrechtlichen Änderungen, die sich letztlich als Arbeitszeitverkürzung darstellen, wird noch Zeit in Anspruch nehmen. Auch uns schmerzt, daß wir hier bei der Polizei mit 1 000 Stellen weniger fahren; aber wir sind entschlossen, wenn es die finanziellen Möglichkeiten zulassen, an dem Punkt, den wir hier mit 50 zusätzlichen Stellen begonnen haben, letztlich weiterzumachen.

Meine Damen und Herren von der Opposition - ich wünsche Ihnen, daß Sie in der Opposition bleiben -, geben Sie sich doch auch im Interesse der Gesamtpolitik bei der Abfassung solcher Anträge ein bißchen mehr Mühe!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Guttenberger, darf ich Sie unterbrechen? Herr Abg. Evertz möchte eine Zwischenfrage stellen.

(D)

(Guttenberger (SPD): Natürlich, Herr Evertz. Es war schon langweilig, ich dachte, es kommt gar nichts!)

- Bitte schön, Herr Kollege Evertz, zu einer Zwischenfrage!

Evertz *) (CDU): Herr Kollege Guttenberger, nachdem Sie erneut auf die sagenhafte Zahl von 50 zusätzlichen Stellen Bezug nehmen

(Guttenberger (SPD): Es freut mich, daß Sie diese Freude teilen!)

und ich davon ausgehe, daß Ihnen die Zahl der in Nordrhein-Westfalen tätigen Polizeibeamten bekannt ist, möchte ich Sie bitten, dem Hohen Haus mitzuteilen, welche prozentuale Verstärkung diese Erhöhung um 50 Stellen ausmacht.

(Reinhard (SPD): Das geht doch nächstes Jahr weiter, Herr Kollege Evertz, das wissen Sie doch! Das ist doch eine langfristige Aktion!)

(A) Guttenberger*) (SPD): Herr Evertz, haben Sie sich Ihre Frage wirklich überlegt? Wollen Sie mit der Begründung, das sei ein geringer Prozentsatz, auf diese 50 zusätzlichen Stellen verzichten? Das geht doch überhaupt nicht. Es sind 50 Stellen, und ein Beamtenleben - das wissen Sie so gut wie ich - macht 40 Jahre aus. Nun rechnen Sie das mal hoch, wenn es bei den finanziellen Ressourcen gelingen sollte, das jedes Jahr um 50 Stellen zu verstärken, was das über die Zeit gesehen an Sicherheitszuwachs in Ihrem Sinne bedeutet!

(Dr. Lichtenberg (CDU): Ist das ein Versprecher? Ist das eine Zusage?)

- Ich muß doch Ihre eigenen Klamotten hier durchdenken; das ist doch Ihr Problem. Sie wissen es ja nicht, Sie fragen mich, wieviel Prozent das sind. Selbst darauf kommen Sie nicht von alleine.

Innere Sicherheit, was ist das eigentlich?

(Mietz (CDU): Das ist die Sicherheit für den Bürger, die nicht mehr gewährleistet werden kann! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Das ist verblüffend; da kommt aus Ihren Reihen plötzlich immer eine Dunkelmännerdiskussion. Ich habe bewußt darauf gewartet, weil das auch ein Teil des jahrelangen Miteinander-Umgehens ist, daß man das kennt.

(B) Innere Sicherheit, meine Damen und Herren, ist mehr als das Verfolgen von Kriminellen. Innere Sicherheit heißt, daß sich die Bürger unseres Landes nicht zufällig, sondern als Teil politischer Entscheidungen in diesem Land wohl und sicher fühlen. Diese Bürger selbst leisten den entscheidenden Teil dieser inneren Sicherheit durch die Gesetzestreue. Dies ist Ihnen immer wieder entgangen, weil Sie diese Verengung auf die Kriminalitätsfrage haben.

Wir haben ein gesetzestreuere Staatsvolk, und das ist die innere Sicherheit. Wir müssen die Menschen davor schützen, daß sie in dieser Sicherheit gestört oder gar verletzt werden. Wenn es Zwischenfälle, z. B. in Form von Kriminalität, gibt, dann werden wir dafür sorgen, daß mit Hilfe der Polizei Täter gefaßt werden und daß sie der Justiz zum Zwecke der Verurteilung zugeführt werden und dann auch die erforderlichen Beweise für die Verurteilung da sind. Der gestört Rechtsfriede ist also genauso Thema, aber nur ein Teil des Gesamtthemas der inneren Sicherheit.

Wir Sozialdemokraten begreifen diese innere Sicherheit als einen Gesamtkomplex, als Teil

der Gesamtpolitik, aber in sich selber schlüssig. Dieser Haushaltsplanentwurf, wie er uns in der zweiten Lesung vorliegt, erfüllt die Voraussetzungen der Schlüssigkeit und ist eine gute Sache. Deshalb werden wir der Sache zustimmen, selbst wenn Sie es nicht tun sollten. Ihren Antrag, meine Damen und Herren, müssen wir ablehnen, weil Sie zu oft immer wieder dieselben falschen Sachen wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Frau Abg. Larisika-Ulmke für die Fraktion der F.D.P.

Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf eine Bemerkung des Herrn Innenministers eingehen. Herr Minister Schnoor, das war vorhin weiß Gott keine Sternstunde von Ihnen, im Zusammenhang mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz auf die Vermummung zu kommen. Da haben wir schon besser diskutiert. Ich meine, Herr Kollege Paus hat eben auch schon Herrn Wernitz angeführt. Der Bundestag der F.D.P. hat entschieden, die Mehrheit hat entschieden: Diejenigen, die unterlegen sind, werden das akzeptieren, und jetzt sind auch alle in den Ländern gefragt, das Bestmögliche, insbesondere auf dem Gebiet der Polizei, daraus zu machen.

Herr Guttenberger, ich finde es nicht richtig, daß Sie kritisieren, daß hier im Einzelplan 03 von der CDU insbesondere die Polizei herausgegriffen worden ist; denn auch ich möchte diesen Bereich besonders herausgreifen, muß sich doch kaum eine andere Berufsgruppe solche Belastungen, solchen ständigen Druck der Öffentlichkeit gefallen lassen. Ständig muß die Polizei Kritik hinnehmen und im wahrsten Sinne des Wortes Prügel einstecken und den Kopf hinhalten. Engagierte, motivierte Mitarbeiter der Polizei werden zunehmend frustrierter und lustloser. Die Kollegen sind dabei auch gar nicht so uneinsichtig, daß sie grenzenlos fordern. Sie wissen ganz genau, daß die Möglichkeiten dieses Landes begrenzt sind. Sie möchten aber wissen, wie es grundsätzlich aussehen soll. Sie wollen nicht wursteln, sie wollen sorgfältig und vernünftig arbeiten.

Ich darf erwähnen, daß wir in der vergangenen Woche, Herr Kollege Hoffmann, Herr Paus und ich, mit den Kollegen der Polizei in Duisburg einen Tag vor der Demonstration dort ein wirklich bemerkenswertes, beachtenswertes Gespräch hatten. Wir waren von der Motivation der Kollegen, von der

(C)

(D)

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) Einsatzfreude trotz der schwierigen Situation beeindruckt, die am kommenden Tag auf sie zukommen sollte. Ich denke, auch dies muß hier einmal erwähnt werden.

Es wird zuwenig berücksichtigt, welche Forderungen an die Polizei gestellt werden. Hier ist das Land gefragt. In dieser Situation, Herr Minister Schnoor, geben Sie der Opposition und mir in aller Öffentlichkeit die Chance, festzustellen, daß wir mit der Feststellung recht haben: Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit fehlt der Landesregierung ein in die Zukunft gerichtetes Gesamtkonzept.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie können diese Behauptung so lange nicht widerlegen, solange Sie nicht wenigstens den Versuch gemacht haben, unsere Große Anfrage "Polizei in Nordrhein-Westfalen - Situation und zukünftige Entwicklung" vom April dieses Jahres zu beantworten.

Herr Minister: April! Das bedeutet acht Monate Zeit, Fragen zu beantworten, von denen sämtliche Berufsvertretungen sagen, daß es Fragen sind, die sie auch gestellt hätten bzw. schon gestellt haben. Ohne diese Fragen zu beantworten, legen Sie uns einen Haushalt vor, der uns vorkommt wie ein Blankoscheck, von dem wir nicht wissen, ob oder wie er gedeckt ist. Statt auf unsere Fragen ein Gesamtkonzept vorzulegen, greifen Sie sich Einzelfragen heraus, wie zum Beispiel das Strukturkonzept im Personalbereich, und verursachen damit eine Unruhe und Frustration in der Polizei, wie wir sie schon lange nicht mehr hatten.

(B)

Herr Minister, wie können Sie denn schon Personal verteilen, ohne die Antwort zu geben, wo Sie sich den zukünftigen Einsatz vorstellen,

(Zustimmung bei der F.D.P.)

wo die Schwerpunkte liegen sollen, wo Sie die Prioritäten setzen wollen - abgesehen davon, daß nach Meinung vieler Praktiker beim Verteilungsschlüssel viele Kriterien der polizeilichen Arbeit einfach außer acht gelassen wurden. Und wenn ich mir dieses Konzept durchsehe, könnte ich sagen: Man braucht zum Verständnis dieses Konzepts im Grunde genommen die höhere Nullmengenlehre; denn anders ist das fast nicht mehr zu verstehen. Man brauchte also schon geraume Zeit, um dahinterzusteigen.

Sie beziehen hier Punkte ein, die von anderen Dienststellen einfach nicht akzeptiert werden können. Ich will das an einem kurzen Beispiel

aufzeigen: Sie bringen als Kriterium immer die Kriminalitätsbelastungszahl. Damit sind aber andere Dienststellen, die zum Beispiel im Auftrag von Ermittlungsbehörden arbeiten, gar nicht so stark einbezogen, sind auch nicht so stark berücksichtigt. Ich denke zum Beispiel an das Justizkrankenhaus Fröndenberg. Dort muß die Polizei von Unna und von Fröndenberg im Auftrage anderer Behörden ständig ermitteln; die Erfolge in der Statistik haben die auswärtigen Behörden, und die Fröndenberger und die Unnaer Behörde haben die Arbeit. Das ist nur ein kleines Beispiel dafür, wie es in der Praxis aussieht.

(C)

Nein, Herr Minister! Statt einer umfassenden Bestandsaufnahme, statt Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, erleben wir Flickwerk. Nichts anderes kann man zu diesem Strukturkonzept für Schutz- und Kriminalpolizei sagen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Abgesehen davon halte ich es für ein Unding, zunächst die personellen Kräfte zu verteilen, um dann zu überlegen, wie sie effizient eingesetzt werden sollen, wo die Schwerpunkte der Arbeit liegen sollen.

So haben wir zum Beispiel in unserer Großen Anfrage wissen wollen, welche Konzeption Sie auf dem Gebiet der Computer-, der Umwelt- und der Wirtschaftskriminalität haben. Es kann ja nicht angehen, daß die einzelnen Fachminister leichten Herzens nach Verschärfung der Gesetze rufen, die Polizei aber personell und materiell nicht in die Lage versetzen, hier aktiv zu werden.

(D)

Wie, Herr Minister, stellen Sie sich die künftige Ausbildung vor, wie die künftige Ausrüstung, wie die Zusammenarbeit mit anderen Behörden? Das ist vielfach ein ganz schwieriges Problem in den einzelnen Polizeibehörden. Es sind über 70 Fragen - von der künftigen Organisation bis zur Versorgung -, die wir von Ihnen beantwortet haben wollen.

Ich finde es fast beschämend für die Landesregierung, wenn ihr zum Beispiel vom Bund Deutscher Kriminalbeamter entgegengehalten wird:

Das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik ist nicht in der Lage, professionell Computerkriminalität zu bekämpfen. Auch die Ausstattung der Schwerpunktdienststellen zur Wirtschaftskriminalität ist völlig unzureichend.

Ähnliches hört man eben auch von der GdP und dem PDB.

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) Aber nicht nur die Berufsvertretungen weisen auf die kommenden besorgniserregenden Entwicklungen hin. Herr Minister, Sie wissen doch auch, daß es warnende Einzelstimmen von Gewicht gibt: Hamacher, Dagobert Lindlau, Bernd Wehner weisen mit großer Besorgnis auf diese zukünftigen Entwicklungen hin.

(Zustimmung bei der CDU)

Da genügt es doch nicht, im Haushalt hin- und herzuschieben. Es genügt auch nicht, mit dem Finger nach Bonn zu zeigen, wie das Herr Guttenberger eben auch wieder getan hat. Das mit der Steuerreform haben wir ja nun auch wirklich schon bis zum Gehnichts-mehr gehört.

(Zurufe von der SPD)

Die muß ja erst noch kommen; aber die Gedanken über die Polizei hätte man sich schon seit einigen Jahren machen können.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Das letzte Konzept ist 1977 vorgelegt worden. Da, denke ich, Herr Minister, müssen Sie zunächst die Antworten geben. Dann können wir gemeinsam überlegen, was dringend erforderlich ist, was machbar ist und was zurückgestellt werden muß. Sie wissen, daß meine Fraktion zur sachlichen Zusammenarbeit bereit ist; aber die Schularbeiten müssen Sie machen. Was nun endlich auf Initiative der F.D.P. bezüglich der Weyerlinge gelöst worden ist, das ist meiner Meinung nach wirklich kein Ruhmesblatt. Das war längst überfällig und mußte gelöst werden.

(B)

Insgesamt lehnen wir diesen Haushalt ab. Denn bevor wir keine Antworten auf unsere Fragen bekommen haben, können wir auch nicht sagen, in welche Richtung der Zug fahren soll.

Aber lassen Sie mich noch ein Wort zum Entschließungsantrag der CDU sagen. Meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, gestatten Sie mir einen Hinweis. Genausogut könnten wir hier natürlich entschließen: Und wünschen wir uns ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr. Ja, Sie gucken so ernst, Herr Kollege Paus; aber der Polizei ist nicht mit frommen Worten und Schulterklopfen gedient. Wir brauchen jetzt erst einmal Antworten, um dann zu sagen: Das wollen wir, und das können wir. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch machbar. Deswegen bin ich auch nicht so begeistert über das, was Sie da einfach so vorstellen. Ich finde, da machen Sie es sich zu einfach.

Wir werden uns bei Ihrem Entschließungsantrag der Stimme enthalten und den Haushalt insgesamt ablehnen.

(C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Mietz das Wort. - Nein? Dann spricht jetzt der Herr Innenminister; bitte schön!

Dr. Schnoor, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Larisika-Ulmke, zunächst einmal herzlichen Dank, auch für Ihren Hinweis auf die Große Anfrage der F.D.P. zur Polizei. Ich sehe in den Fragen, die Sie gestellt haben, eine gute Grundlage für eine sehr fruchtbare Debatte. Ich muß Ihnen zu der Großen Anfrage auch ein Kompliment machen. Die Antwort werden Sie noch in diesem Jahr bekommen. Wir werden am Donnerstag in der Kabinettsitzung darüber entscheiden; dann wird sie dem Landtag zugehen.

Allerdings hätten Sie, obschon die Antwort noch nicht vorliegt, gleichwohl dem Haushalt zustimmen können. Zumindest hätten Sie sich zu dem Haushalt so verhalten können, wie Sie sich gerade zu dem Antrag der CDU geäußert haben. Denn den Kernbereich dessen, was wir beantworten, soweit er etwas mit Stellenplänen zu tun hat, haben wir dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", dem Kollegen Dautzenberg, zugeleitet. Nun kann man sagen: Das ist nicht ausreichend. Das kann die Opposition immer sagen. Gut, einverstanden! Das darf sie auch immer sagen; das ist ihr Recht. Aber es ist Ihnen zugeleitet. Sie hätten also sehr wohl so entscheiden können.

(D)

(Dr. Lichtenberg (CDU): Arroganz der Macht! - Paus (CDU): Danke!)

- Ja, Herr Paus, ich wollte auch Ihnen ein Dankeschön sagen. Sie haben gerade in einer vorbereiteten Rede gesagt, das Verhalten der Polizei im Zusammenhang mit den Aktionstagen der Stahlarbeiter sei vertretbar gewesen. Ich danke Ihnen ausdrücklich dafür, daß die Opposition dieses sagt. Eine Opposition kann im Grunde gegenüber dem amtierenden Minister nicht mehr sagen. Ich finde das sehr fair, daß Sie das sagen und möchte mich ausdrücklich dafür bedanken. Ich hätte es gut gefunden, wenn Herr Rohde von der F.D.P. dieses auch gesagt und nicht dieselbe Aufforderung wie Herr Lambsdorff ausgesprochen hätte. Ich hätte das etwas fairer gefunden in dieser Situation. Aber ich will dazu jetzt nicht mehr sagen. Ich will, gerade nachdem Sie, Herr Paus, so deutlich ein Wort

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) zur Polizei gesagt und das Verhalten der Polizei im Grunde anerkannt haben, in diesem Punkt auch keine Schärfe bringen.

Sie haben dann, Herr Kollege Paus, gesagt: Aber dieses Verhalten der Polizei habe doch deutlich gemacht, daß meine Äußerungen zum Legalitätsprinzip an sich neben der Sache gelegen hätten. Darüber sollten wir uns einmal im Innenausschuß im Detail unterhalten. Ich sage Ihnen folgendes: Die Situation ist grundlegend anders als in der Vermummungsfrage.

Erstens. Nach meiner Auffassung lag hier kein Fall der Nötigung vor, weil es sich nicht um eine verwerfliche Handlung handelte. Das war eigentlich eindeutig. Ich wäre sehr froh darüber, wenn der Landtag in dieser Bewertung des Verhaltens der Stahlarbeiter übereinstimmen könnte: daß es nicht verwerflich war, was die Stahlarbeiter getan haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Was Sie auch sehen müssen: Die Möglichkeiten der Handlung für die Polizei waren hier viel geringer, als sie bei einer friedlichen Demonstration wären, wenn sich dort Vermummte aufhalten. Dort kann ich vorher starke Polizeikräfte bereitstellen. Das kann ich tun. Aber dann ändert sich natürlich völlig der Charakter einer Demonstration.

- (B) Drittens. Sie haben etwas zum Haushalt und zu den Stellen gesagt, Herr Kollege Paus. Sie haben gesagt, es sei alles ganz unzulänglich, was wir vorgelegt haben, und deswegen könne man dem ja gar nicht zustimmen. Wenn ich das mit den Ausführungen vergleiche, die wir vorher beim GFG gehört haben: Beim GFG wollten Sie sich nicht damit begnügen, daß die 1,9 Milliarden DM Haushaltssteigerung für die Gemeinden in Anspruch genommen werden, die wir überhaupt im Haushalt haben, sondern Sie sagen, es müßten 2,5 Milliarden DM sein. Hier sagen Sie jetzt, wir müßten mehr für die Polizei tun. Sie müssen sich endlich einmal entscheiden, was Sie eigentlich wollen. Daran fehlt es doch bei Ihnen immer.

(Beifall bei der SPD)

Dann sagen Sie, der Innenminister habe sich gegenüber dem Finanzminister bei den Planstellen nicht durchgesetzt. In dem Zusammenhang bringen Sie die Zahl 1 : 400. Wir sollten davon absehen, Herr Kollege Paus, die Stärke der Polizei nach dieser magischen Zahl 1 : 400 zu bemessen. Ich habe schon einmal gesagt: das ist höchst gefährlich.

(Zuruf des Abg. Paus (CDU))

(C) Wegen des Rückgangs der Bevölkerungszahlen liegen wir dann plötzlich nämlich unter 1 : 400, und die Financer können uns Stellen wegnehmen. Deswegen lehne ich diese Argumentation ab.

(Paus (CDU): Bayern hat jetzt 1 : 360)

Sie können von einem ausgehen: Es geht bei der Aufstellung des Landeshaushalt bei uns im Kabinett nicht darum, wer sich gegen wen durchsetzt.

(Paus (CDU): Nein?)

- Nein. Wir verantworten vielmehr einen Haushalt insgesamt, wir tragen insgesamt Verantwortung für dieses Land, Herr Kollege Paus, und nicht nur der einzelne für seinen ganz schmalen Bereich.

(D) Aber ich bedauere eigentlich, daß Sie die Verbesserungen, die dieser Haushalt dank der Anträge der SPD-Fraktion enthält, einfach so beiseite wischen. Wischen wir nicht einfach beiseite, daß in diesem Haushalt 50 zusätzliche Stellen vorgesehen sind! Es geht da nicht um die Verstärkung der Polizei - da haben Sie völlig Recht; Herr Kollege Evertz hat das gesagt -, wenn man das in Verhältnis zu den über 40 000 Beamten setzt. Das ist doch gar nicht das Problem. Hier geht es um eine gezielte Verstärkung der Kripo, womit ich mich in den ganzen Monaten so schwergetan habe. Jetzt habe ich den Weg - dank der Hilfe der SPD-Fraktion. Daß wir die Kripo in entscheidenden Punkten verstärken müssen, darin stimmen wir doch völlig überein. Ich würde gern mehr tun. Es wird auch noch eine Verstärkung noch zu Lasten der Schutzpolizei geben müssen. Ich weiß, daß das auf Kritik stoßen wird: bei der Schutzpolizei, auch sicherlich bei der CDU und bei der F.D.P., möglicherweise auch bei einigen Sozialdemokraten. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Sie sagen immer, daß wir entscheiden, daß wir die politische Verantwortung tragen. Das ist wahr. Ich trage die politische Verantwortung, und ich werde entscheiden. Also, mit diesen 50 Stellen wird eine sehr wichtige Hilfe für die Polizei geleistet, die auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen wird.

Zu den Weyerlingen: Wir haben es doch, Frau Kollegin Larisika-Ulmke, bisher nicht geschafft, eine Versorgungsregelung im Bundestag hinzubekommen, trotz meiner Bemühungen. Auch Willi Weyer hat sich sehr bemüht, er hat sich engagiert eingesetzt, weil er sich auch für diese Männer in der Polizei noch verantwortlich fühlte, die seinerzeit angeworben worden sind. Wir haben es trotzdem

(Minister Dr. Schnoor)

(A) in Bonn nicht hinbekommen. Jetzt ist mit den zusätzlichen Stellen ein Weg geschaffen worden. Ich bin dem ganzen Hause dankbar - der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion und der SPD-Fraktion -, daß dieser Weg hier für die sogenannten Weyerlinge ermöglicht worden ist. Ein ausdrücklicher Dank an alle Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Hause!

Zur belastungsbezogenen Kräfteberechnung: Herr Kollege Paus, ich habe deshalb einen Zuruf gemacht, weil Sie gesagt haben, ich hätte die belastungsbezogene Kräfteberechnung aufgestellt, um den Mangel zu verdecken,

(Paus (CDU): Zu verteilen.)

- um den Mangel zu verteilen. Das ist doch nicht wahr. Das wissen Sie auch besser. Die Fragen sind doch eingehend im Innenausschuß behandelt worden.

(Reinhard (SPD): Jawohl.)

Ich habe darauf hingewiesen, und die Beamten, die in dieser Kommission arbeiten - u.a. der Polizeidirektor Glietsch, der im Ausschuß war -, haben darauf hingewiesen

(Abg. Paus (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- sofort, Herr Kollege Paus, vielleicht erübrigt sich dann Ihre Frage -, daß seit Jahren beanstandet wird, auch in Ihrem eigenen Wahlkreis, auch von Ihnen, daß die Kräftebemessung nicht belastungsbezogen erfolgt, sondern bisher nach Einwohnerdichte und, wie gelegentlich in der Polizei spöttisch gesagt wird, "mit dem großen Daumen". So wird es gesagt.

(B)

Das wird ständig kritisiert. Ich habe die Kritik positiv aufgegriffen und habe jetzt einen Vorschlag gemacht. Man mag diesen Vorschlag bestreiten; man kann ja sagen: Das ist alles falsch, was ihr da macht! - Das kann man, wie gesagt, alles tun, und es ist ja auch berechtigt, so etwas zu sagen. Nur, aus der Diskussion und aus der Kritik, aus Wort und Widerwort entsteht nachher die richtige Entscheidung.

Ich spreche Ihnen gar nicht das Recht ab, vieles bestreiten zu können. Nur, daß dies geschehen sein soll, um den Mangel zu verdecken, das ist wirklich falsch. Es geht hier um Gerechtigkeit. Den Mangel zu verdecken, das wäre eine andere Frage; das würde bedeuten: Stockt die Polizei um sehr viele Beamte auf!

Dazu darf ich Ihnen eines sagen - und ich möchte es wiederholen -: Wenn Sie beanstanden, das Land habe zu wenig Polizei - auch ich hätte gerne noch mehr Kräfte; ich weiß ebenfalls um die Belastung der Polizei -, dann entschließen Sie sich doch einmal, nach Aufstellung des Landeshaushalts bei aller Kritik an diesem Haushalt nicht an jedem Einzelplan herumzumäkeln, nicht am Gemeindefinanzierungsgesetz herumzumäkeln und zu behaupten, dafür stände zu wenig Geld zur Verfügung. Vielmehr sollten Sie sagen: Jetzt nehmen wir alle Kraft zusammen und geben der Polizei 500 Stellen zusätzlich. - Tun Sie das doch einmal! Aber das tun Sie alles nicht.

(C)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Paus?

(Guttenberger (SPD): Lieber nicht!
- Minister Dr. Schnoor: Ja, bitte.)

- Bitte sehr, Herr Abg. Paus!

Paus (CDU): Sie haben gerade über das Gutachten berichtet, Herr Minister. Ist es nicht zutreffend, daß dessen Prämisse nicht war, herauszurechnen, wie viele Polizeibeamte die Behörde vor Ort bei diesem oder jenem Aufgabenanfall braucht, sondern daß die Prämisse war: Es darf kein zusätzlicher Beamter in Nordrhein-Westfalen erforderlich werden, und es ist bitte dafür zu sorgen, daß zwischen den einzelnen Behörden gerecht verteilt wird.

(D)

(Mietz (CDU): Genauso ist es!)

Sie haben gerade eingeräumt, Herr Innenminister, daß Sie gerne noch mehr Beamte hätten; das war der Tenor aller Beiträge.

(Minister Dr. Schnoor: Sicher hätte ich die gern! - Zurufe von der SPD: Fragen, fragen!)

- Dann frage ich Sie: Wenn Sie diese Prämisse geben, ist dann nicht die Bewertung der Mangelverteilung genau die richtige Bezeichnung?

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Dr. Schnoor, Innenminister: Nein, überhaupt nicht, Herr Kollege Paus. So ist es nicht. Ihre Frage wird auch nicht dem Diskussionsstand zwischen uns gerecht. - Vielmehr geht es darum, die vorhandene Zahl an Schutzpolizeibeamten - ob sie nun 36 000 oder 40 000 beträgt -, die vorhandene Zahl also nach einem bestimmten Modell zu vertei-

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) len. - Diese Aufgabe hat sich uns schon vorher gestellt; sie hat sich 1970 gestellt, sie hat sich 1975 und 1980 gestellt; sie stellt sich immer,

(Paus (CDU): Von Jahr zu Jahr!)

und zwar völlig unabhängig davon, wie viele Polizeibeamte man hat.

(Anhaltende Unruhe - Zurufe)

Hier geht es um die Frage der Gerechtigkeit, hier geht es darum, die Belastungen der einzelnen Behörden mit in Rechnung zu stellen. Das ist die Voraussetzung gewesen, nicht etwa die Frage: Haben wir nun insgesamt genug Polizei oder nicht?

Meine Damen und Herren von der Opposition, bei allem Streit, der zwischen uns herrscht und der auch bleiben wird - es gehört mit zur Demokratie, über diese Fragen zu streiten -: Positiv müssen wir gemeinsam festhalten, daß es uns trotzdem gelungen ist, Verbesserungen für die Polizei in diesem Haushalt zu erreichen, die nicht selbstverständlich sind. Das gilt zum Beispiel für die Hilfe zugunsten der lebensälteren Kollegen. Diese Hilfe zu geben, ist in einer gemeinsamen Anstrengung aller drei Fraktionen gelungen. Stellen wir das doch bitte auch einmal positiv heraus!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Es ist allen drei Fraktionen zu verdanken, daß jetzt letztlich auch für die Kriminalpolizei - aufgrund der Initiative der SPD - eine Verbesserung erreicht wird.

Ich glaube, in einem letzten Punkt stimmen wir auch überein, nämlich in der Haltung des gesamten Landtags zur nordrhein-westfälischen Polizei, in der Anerkennung der Arbeit der Männer und Frauen in unserer Polizei durch das gesamte Landesparlament. Deshalb sollten wir bei allem Streit auch einmal der Polizei ein herzliches Dankeschön sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich erteile nunmehr Herrn Abg. Mietz für die Fraktion der CDU das Wort.

Mietz (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Leider stehen mir nur noch einige wenige Minuten Redezeit zur Verfügung; deswegen muß ich mich kurz fassen. Ich bedaure das sehr; denn auf das, was der

Herr Innenminister hier gesagt hat, wäre vieles zu erwidern, um das alles deutlich zu machen. (C)

Meine Damen und Herren und gerade meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, schauen Sie sich doch diesen Haushalt 1988 einmal in seiner Gänze an. Er macht deutlich, daß diese Landesregierung in ihren Gleisen so stark eingefahren ist, daß der Wagen weder rückwärts noch vorwärts rollt.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Das wird auch im Einzelplan 03 klar erkennbar. Herr Innenminister, wenn Sie hier die Meinung vertreten, daß die Polizei mit 50 zusätzlichen Stellen eine Aufstockung erfahren hätte, dann bemerke ich dazu: Das ist ein "Aufstößchen", geht jedoch an den Tatsachen vorbei. Sie erkennen ganz und gar nicht, mit welcher Problematik heute draußen gearbeitet werden muß. Was sind denn 50 Stellen für die Kriminalpolizei, wenn 1 000 Stellen fehlen?

(Zustimmung bei der CDU)

Hier ist die Sicherheit unserer Bürger draußen im Lande nicht mehr gewährleistet.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Robels (CDU): Ja, so ist das!)

Sie haben uns gefragt, Herr Innenminister; wir haben uns dafür entschieden, was wir wollen, und ich sage Ihnen das ganz offen: Wir wollen Sicherheit für die Bürger dieses Landes und die Erhaltung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates; das ist die Grundlage für die innere Sicherheit, Herr Kollege Guttenberger. Ich meine, das sollten Sie sich einmal vor Augen führen. (D)

(Guttenberger (SPD): Für die FDGO bin auch ich!)

Frau Kollegin Larisika-Ulmke, Sie können natürlich unseren Entschließungsantrag ablehnen. Aber ich frage Sie allen Ernstes:

(Anhaltende Unruhe - Glocke)

Gibt dieser Entschließungsantrag nicht klar wieder, in welcher Misere der Innenminister sich befindet? Hier bewegt sich nichts mehr rückwärts und nichts mehr vorwärts. Das kann doch wohl nicht im Interesse unserer Bürger draußen vor Ort liegen.

(Zustimmung bei der CDU)

(Mietz (CDU))

- (A) Deshalb ist dieser Entschließungsantrag so wichtig, so dringend notwendig, damit wir nämlich endlich aufzählen, wo es überall hapert. Es hapert bei der Fort- und bei der Weiterbildung, ganz besonders der Führungskräfte, die morgen vor neuer Verantwortung stehen und Beamte zu führen haben. Es hapert bis hin zum Landeskriminalamt; da bekommt man nicht einmal einen Bau fertig, damit das Landeskriminalamt die Leute einstellen kann, die benötigt werden, um das erforderliche technische Wissen unseren Kollegen draußen auch weitervermitteln zu können.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Hier hängt alles fest, hier hakt alles, hier geht nichts voran. Und trotzdem wird der Einzelplan 03 so hingestellt, als wäre er das Beste, was es je gegeben hat. Ich sehe nur Rückschritt, aber keinen Fortschritt.

(Zustimmende Zurufe von der CDU
- Widerspruch des Abg. Guttenberger
(SPD) - Weitere Zurufe von der SPD)

Fangen Sie bitte wieder an und betreiben Sie die Forschung im Hinblick auf die Distanzwaffen so weiter, wie wir das vorgeschlagen haben! Wollen Sie denn immer noch die direkte Konfrontation von Chaoten und Polizeibeamten? Schaffen Sie eine Distanz - mit Waffen, damit unsere Polizeibeamten nicht ständig von ihren Einsätzen vor Ort mit Hunderten von Verletzten wieder zurückkommen müssen!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Herr Innenminister, es wird Zeit, daß Sie daran denken und entsprechend handeln.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Frau Friebe: Herr Abg. Mietz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schnoor?

(Mietz (CDU): Ich glaube, ich kann das aus Zeitgründen nicht mehr.)

Sie können entscheiden.

(Mietz (CDU): Ich weiß nicht recht. Ich glaube, ich habe keine Zeit mehr.
- Bitte, Herr Schnoor.)

Dr. Schnoor (SPD): Herr Kollege Mietz, stimmen Sie mir nicht trotz allen Streits über die Distanzwaffen darin zu, daß es darauf ankommt, die Gewalttäter festzunehmen, ihnen die Straftat nachzuweisen und sie vor den

Richter zu bringen, nicht aber darauf, sich mit ihnen herumschießen? (C)

(Beifall bei der SPD)

Mietz (CDU): Herr Innenminister, ich stimme mit Ihnen darin überein. Dann müssen Sie aber auch für ein strafbewehrtes Vermummungsverbot sein. Sonst läuft es nicht. Es geht doch wohl nicht so, daß Sie auf der einen Seite sagen, ein Vermummungsverbot wollten Sie nicht, aber auf der anderen Seite aber sagen, der Täter solle dingfest gemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Innenminister, ich will genau zu diesem Punkt, zum Vermummungsverbot, noch etwas sagen. Ich bin der Meinung, Sie verunsichern unsere Polizeibeamten draußen vor Ort. Die Polizeibeamten wissen nicht mehr, ob sie beim Innenminister den Rückhalt haben, den sie während ihres Einsatzes benötigen. Die Beamten hängen gewissermaßen in der Luft. Führen Sie sich das bitte einmal vor Augen. Ich habe den Eindruck, Sie leiden manchmal unter einer gewissen Humanduselei, wenn es um bestimmte Gruppen geht.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Innenminister, das kann für einen Staat tödlich werden. Ich sage es Ihnen.

(Zurufe von der SPD - Abg. Guttenberger (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.) (D)

- Herr Kollege, meine Zeit ist abgelaufen. Ich kann keine Fragen mehr zulassen.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Frau Friebe: Sie können das entscheiden. Sie möchten also keine Zwischenfrage mehr zulassen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Mietz (CDU): Meine Damen und Herren, ich habe Zeit. Mir macht das nichts aus. Ich warte noch ein bißchen. Werden Sie ruhig noch lauter.

Herr Innenminister, ich fordere Sie hiermit auf, endlich das zu tun, was notwendig ist, um unseren Polizeibeamten draußen das Rückgrat so zu stützen, daß sie wieder wissen, daß der Innenminister hinter ihnen steht, wenn sie einschreiten. Die Polizeibeamten dürfen nicht weiter verunsichert bleiben. Da ist meine Aufforderung.

(Mietz (CDU))

- (A) Ich hoffe, daß der nächste Einzelplan 03 anders aussehen wird. Es ist traurig, daß die Anträge, die wir stellen, immer wieder abgelehnt werden. Deswegen haben wir uns dazu entschlossen, diesmal keine Anträge zu stellen. Die CDU-Fraktion hat statt dessen einen Entschließungsantrag eingebracht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frau Friebe: Zu einer kurzen Bemerkung hat sich Herr Abg. Trinius von der Fraktion der SPD gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier - zugleich im Namen von Leo Dautzenberg, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" - eine kurze Richtigstellung vornehmen. Ich habe darüber auch mit Frau Dagmar Larisika-Ulmke gesprochen. Wenn wir nach jahrelangen Bemühungen gemeinsam einen Erfolg erreicht haben, sollten wir auch sagen: Dies ist ein gemeinsamer Erfolg aller drei Fraktionen in diesem Hause.

(Zustimmung bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Wir sollten an einer solchen Stelle dann nicht - sozusagen aus der gemeinsamen Arbeit ausscherend - versuchen, einen Anspruch jeweils einzeln geltend zu machen.

- (B) Es geht hier darum, wie wir die Versorgungslücke für die lebensälteren Bewerber, die mit 30 oder 35 Jahren in den Polizeidienst eingetreten sind, schließen. Diese Versorgungslücke ist der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" vor gut einem Jahr aufgefallen. Alle Fraktionen haben sich in dieser Arbeitsgruppe verpflichtet, auf ihre Bundestagsfraktionen einzuwirken. Zu einer Bundestagsinitiative ist es aber nicht gekommen. Wir haben uns untereinander jeweils über alle Schritte und über den Stand der Auseinandersetzung informiert.

Ich meine, es wäre gut, wenn wir hier in diesem Hause im Blick auf die Öffentlichkeit und auch die Betroffenen eindeutig feststellten, daß die Lösung dieses schwierigen Problems am Ende durch das Zusammenwirken aller politischen Kräfte in diesem Landtag gelungen ist. In diesem Zusammenhang ist auch den Staatssekretären für Inneres und für Finanzen zu danken, die den Weg, den wir gewählt haben, zum Schluß gangbar gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. (C)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Entwurf des Einzelplans 03 - Innenminister - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2673 zustimmen möchten, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß der Einzelplan 03 in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen worden ist.

Ich rufe nunmehr auf:

Stellenpläne

In die Beratung werden der Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Besetzungssperre Drucksache 10/2696 und der Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Lehrerstellen Drucksache 10/2697 einbezogen. Da sich beide auf § 7a des Haushaltsgesetzes beziehen, erfolgt die Abstimmung über diese beiden Änderungsanträge erst übermorgen im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

In Drucksache 10/2696 bitte ich eine Berichtigung vorzunehmen: Eingangs muß es statt "§ 7 Abs. 1" heißen "§ 7a Abs. 1".

Ich eröffne nunmehr die Beratung und erteile Herrn Abg. Bensmann von der Fraktion der CDU das Wort. (D)

Bensmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bereich "Personalbedarf und Stellenpläne" nimmt in der Etatdebatte nur einen zeitlich sehr begrenzten Raum ein. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir nachher, wenn wir über diesen Bereich beschließen, über 40 % des gesamten Landeshaushalts beschließen. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Haushaltslage und der Verschuldung in NW ist es deshalb zwingend erforderlich, daß hier eine kritische politische Durchforstung vorgenommen wird.

Zuerst folgende Feststellung: Im Ländervergleich liegt Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Leister, nicht, wie von Ihnen behauptet, ganz vorn, sondern es liegt zwischen Mitte und Ende. - Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln.

Wenn man nämlich das Personal der Landchaftsverbände hinzuzählt - diese 30 000 Staatsdiener -, dann kommen wir auf einen